

Original: <https://www.pc-biz.org/#/search/3000773>

Beschluss der 225. Generalversammlung der  
Presbyterianischen Kirche in den USA (PCUSA) (8.7.2022)

[INT-02] Zur Anerkennung der Tatsache, dass Israels Gesetze, Politik und Praktiken Apartheid gegen das palästinensische Volk darstellen

Quelle: Presbyterium

Ausschuss: [INT] Internationales Engagement

Profile #: [OVT-005]

IOB Link: <https://www.pc-biz.org/#/search/3000773>

Ereignis: 225. Generalversammlung (2022)

Förderer: Presbyterium der Gnade

Art: Generalversammlung – Umfassende Verhandlung

Aktion der Vollversammlung

Zu diesem Punkt hat die Generalversammlung wie folgt gehandelt:

In der geänderten Fassung genehmigen

Elektronische Abstimmung - Plenum

Befürworter: 266

Abgelehnt: 116

Enthaltungen:

Endgültiger Text:

Das Presbyterium von Grace fordert die 225. Generalversammlung (2022) der Presbyterianischen Kirche (U.S.A.) auf, das Folgende zu tun:

1. Anzuerkennen, dass die Gesetze, die Politik und die Praktiken der israelischen Regierung in Bezug auf das palästinensische Volk die internationale rechtliche Definition von Apartheid erfüllen. Apartheid wird rechtlich definiert als unmenschliche Handlungen, die zu dem Zweck begangen werden, die Vorherrschaft einer rassistischen Personengruppe über eine andere rassistische Personengruppe zu errichten und aufrechtzuerhalten und diese systematisch zu unterdrücken. Dies geschieht in Israel/Palästina durch:
  - a. Einführung von zwei Gesetzen, eines für Israelis und eines für Palästinenser, die israelischen Juden eine Vorzugsbehandlung und den Palästinensern eine Unterdrückung gewähren,
  - b. Enteignung von palästinensischem Land und Wasser für rein jüdische Siedlungen.
  - c. Verweigerung des Rechts auf freie Wahl des Wohnsitzes für Palästinenser.

- d. Aufteilung der Bevölkerung nach rassistischen Gesichtspunkten durch die Schaffung von separaten Reservaten und Ghettos für die Palästinenser.
  - e. Verweigerung des Rechts der Palästinenser auf eine eigene Staatsangehörigkeit.
2. Mitglieder, Gemeinden, Presbyterien und nationale Stabsstellen, einschließlich des Büros für interreligiöse Beziehungen, auffordern, nach geeigneten Wegen zu suchen, um der israelischen Apartheid ein Ende zu setzen.
  3. Weisen Sie den Stated Clerk an, diese Aktion an alle anderen PC(USA)-Räte weiterzuleiten.

Empfehlung an die Vollversammlung

In der geänderten Fassung genehmigen

Text zur Prüfung durch die Vollversammlung

1. Anzuerkennen, dass die Gesetze, die Politik und die Praktiken der israelischen Regierung in Bezug auf das palästinensische Volk der internationalen rechtlichen Definition von Apartheid entsprechen. Apartheid wird rechtlich definiert als unmenschliche Handlungen, die zu dem Zweck begangen werden, die Vorherrschaft einer rassistischen Personengruppe über eine andere rassistische Personengruppe zu errichten und aufrechtzuerhalten und diese systematisch zu unterdrücken. Dies geschieht in Israel/Palästina durch:
  - a. Einführung zweier Gesetze, eines für Israelis und eines für Palästinenser, die israelischen Juden eine Vorzugsbehandlung und den Palästinensern eine unterdrückende Behandlung gewähren,
  - b. Enteignung von palästinensischem Land und Wasser für rein jüdische Siedlungen.
  - c. Verweigerung des Rechts auf freie Wahl des Wohnsitzes für Palästinenser.
  - d. Aufteilung der Bevölkerung nach rassistischen Gesichtspunkten durch die Schaffung von separaten Reservaten und Ghettos für die Palästinenser.
  - e. Verweigerung des Rechts der Palästinenser auf eine eigene Staatsangehörigkeit.
2. Mitglieder, Gemeinden, Presbyterien und nationale Stabsstellen, einschließlich des Büros für interreligiöse Beziehungen, auffordern, nach geeigneten Wegen zu suchen, um der israelischen Apartheid ein Ende zu setzen.
3. Weisen Sie den Stated Clerk an, diese Aktion an alle anderen PC(USA)-Räte weiterzuleiten.

Empfehlung des Ausschusses

Zu diesem Punkt hat der Ausschuss für internationales Engagement wie folgt gehandelt:

In der geänderten Fassung genehmigen

Ausgezählte Abstimmung - Ausschuss

Befürworter: 28

Abgelehnt: 3

Enthaltungen:

Endgültiger Text: Geänderten Text anzeigen

Text zur Prüfung durch die Versammlung

1. Anerkennen, dass die Gesetze, die Politik und die Praktiken der israelischen Regierung gegenüber dem palästinensischen Volk die völkerrechtliche Definition von Apartheid erfüllen. Apartheid wird rechtlich definiert als unmenschliche Handlungen, die zu dem Zweck begangen werden, die Vorherrschaft einer rassischen Personengruppe über eine andere rassische Personengruppe zu errichten und aufrechtzuerhalten und diese systematisch zu unterdrücken Dies geschieht in Israel/Palästina durch:
  - a. Einführung zweier Gesetze, eines für Israelis und eines für Palästinenser, die israelischen Juden eine Vorzugsbehandlung und den Palästinensern eine unterdrückende Behandlung gewähren,
  - b. Enteignung von palästinensischem Land und Wasser für rein jüdische Siedlungen.
  - c. Verweigerung des Rechts auf freie Wahl des Wohnsitzes für Palästinenser.
  - d. Aufteilung der Bevölkerung nach rassischen Gesichtspunkten durch die Schaffung von separaten Reservaten und Ghettos für die Palästinenser.
  - e. Verweigerung des Rechts der Palästinenser auf eine eigene Staatsangehörigkeit.
2. Mitglieder, Gemeinden, Presbyterien und nationale Stabsstellen, einschließlich des Büros für interreligiöse Beziehungen, auffordern, nach geeigneten Wegen zu suchen, um der israelischen Apartheid ein Ende zu setzen.
3. Weisen Sie den Stated Clerk an, diese Aktion an alle anderen PC(USA)-Räte weiterzuleiten.

Empfehlung

Dieser Punkt wurde von der 224. Generalversammlung (2020) zur Prüfung an die 225. Generalversammlung (2022) verwiesen.

Das Presbyterium von Grace bittet die 225. Generalversammlung (2022) der Presbyterianischen Kirche (U.S.A.), Folgendes zu tun:

1. Anzuerkennen, dass Israels Gesetze, Politik und Praktiken gegenüber dem palästinensischen Volk die völkerrechtliche Definition von Apartheid erfüllen. Apartheid wird rechtlich definiert als unmenschliche Handlungen, die zu dem Zweck begangen werden, die Vorherrschaft einer rassischen Personengruppe über eine andere rassische Personengruppe zu errichten und aufrechtzuerhalten und diese systematisch zu unterdrücken Dies geschieht in Israel/Palästina durch:

- a. Einführung zweier Gesetze, eines für Israelis und eines für Palästinenser, die israelischen Juden eine Vorzugsbehandlung und den Palästinensern eine unterdrückende Behandlung gewähren,
  - b. Enteignung von palästinensischem Land und Wasser für rein jüdische Siedlungen.
  - c. Verweigerung des Rechts auf freie Wahl des Wohnsitzes für Palästinenser.
  - d. Aufteilung der Bevölkerung nach rassistischen Gesichtspunkten durch die Schaffung von separaten Reservaten und Ghettos für die Palästinenser.
  - e. Verweigerung des Rechts der Palästinenser auf eine eigene Staatsangehörigkeit.
2. Mitglieder, Gemeinden, Presbyterien und nationale Stabsstellen, einschließlich des Büros für interreligiöse Beziehungen, auffordern, nach geeigneten Wegen zu suchen, um der israelischen Apartheid ein Ende zu setzen.
  3. Weisen Sie den Stated Clerk an, diese Aktion an alle anderen PC(USA)-Räte weiterzuleiten.

### Begründung

### Zweck

Diese Ouvertüre wird in der Hoffnung verfolgt, dass sie zu einer friedlichen Versöhnung der Völker Israels und Palästinas führen wird, ähnlich wie es in Südafrika geschah, als die Apartheid international anerkannt wurde.

Noch vor dreißig Jahren gab es in Südafrika schweres Unrecht, weit verbreitetes Leid und schwere Menschenrechtsverletzungen aufgrund von Apartheidgesetzen, -praktiken und -politiken, die einer Gruppe von Menschen aufgrund ihrer Identität einen bevorzugten Rechtsstatus und materielle Privilegien einräumten, während eine andere Gruppe aufgrund ihres minderwertigen Status diskriminiert wurde. Die bevorzugte Gruppe erhielt bevorzugten Zugang zu Land, Wasser und anderen Ressourcen sowie zu staatlichen Leistungen und Diensten, während die benachteiligte Gruppe auf immer kleiner werdende, nicht zusammenhängende territoriale Enklaven beschränkt war. Die friedliche Versöhnung der Völker in Südafrika und die Schaffung eines stabilen politischen Staates wurden erst erreicht, nachdem die Kirchen und die Nationen der Welt erkannt hatten, dass die Gesetze, Praktiken und die Politik Südafrikas ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellten. In den 1960er Jahren wurden südafrikanische Fußballmannschaften aufgrund der Apartheidpolitik der Regierung von internationalen Fußballwettbewerben ausgeschlossen. Einige Jahrzehnte später war Südafrika Gastgeber der Rugby-Weltmeisterschaft 1995, ein bemerkenswerter Beweis für den politischen Wandel, der eintreten kann, wenn die Welt die Apartheid anerkennt und eine Regierung darauf mit der Gewährung von Menschenrechten für alle Menschen reagiert. Es ist zu hoffen, dass die Politik der israelischen Regierung gegenüber dem palästinensischen Volk eine ähnliche Veränderung erfährt, wenn die israelische Apartheid international anerkannt wird.

### Warum Presbyterianer handeln müssen

Um ein Problem zu lösen, muss man ehrlich erkennen und anerkennen, dass das Problem existiert. Der Abschnitt "Begründung" dieser Ouvertüre wird zeigen, wie Israels Praktiken gegenüber den Palästinensern den Definitionen der Vereinten Nationen und des Weltgerichtshofs für Apartheid entsprechen. Als Presbyterianerinnen und Presbyterianer glauben wir, dass die prophetische Mission der Kirche darin besteht, das Wort Gottes mutig, ehrlich und liebevoll im lokalen Kontext und

inmitten des täglichen Lebens zu verkünden; dem Beispiel Jesu folgend, ist die Kirche aufgerufen, sich an die Seite der Unterdrückten zu stellen, um Gerechtigkeit, Frieden und Versöhnung herbeizuführen. Christen haben sich in den 1950er Jahren gegen die Rassentrennung in den Vereinigten Staaten und später gegen die Apartheid in Südafrika ausgesprochen. Sie müssen erneut ihre Stimme erheben und Israels Diskriminierung der Palästinenser verurteilen und dem Verbrechen gegen die Menschlichkeit, das diese Diskriminierung darstellt, einen Namen geben: das Verbrechen der Apartheid.

Die PC(USA) wären nicht die ersten, die Israels Praktiken als Apartheid bezeichnen würden. Wie der Friedensnobelpreisträger Erzbischof Desmond Tutu an die Delegierten der 221. Generalversammlung (2014) schrieb, "weiß ich aus erster Hand, dass Israel innerhalb seiner Grenzen und durch seine Besatzung eine Apartheid-Realität geschaffen hat."

Die Nationale Christliche Koalition christlicher Organisationen in Palästina (NCCOP) rief die Kirche in einem Brief an den Ökumenischen Rat der Kirchen, der von der 223. Generalversammlung (2018) der PC(USA) offiziell entgegengenommen und zur Prüfung empfohlen wurde, dazu auf, "die Beendigung von [Israels] Besatzung, Apartheid und Diskriminierung zu fordern und die Rückkehr der Flüchtlinge in ihr Heimatland und ihren Besitz zu akzeptieren" (Protokoll, 2018, Teil I, S. 1129).

Viele jüdische Führer, sowohl israelische als auch amerikanische, haben Israels Praktiken in ähnlicher Weise als Apartheid bezeichnet. ehemaliger israelischer Bildungsminister, sagte: (2008). ehemaliger israelischer Bildungsminister, sagte: " (2007). Der ehemalige Direktor des American Jewish Congress & Synagogue Council of America, sagte: (2007). Eine 2012 durchgeführte Umfrage unter israelischen Juden ergab, dass die Mehrheit anerkennt, dass Israel Apartheid praktiziert.

<https://www.haaretz.com/.premium-israelis-say-no-vote-to-arabs-if-w-bank-annexed-1.5194145>.

Die jüngsten Ereignisse haben die Situation nur noch deutlicher gemacht, vor allem das 2018 verabschiedete israelische Nationalstaatsgesetz, das erklärt, dass "das Recht auf nationale Selbstbestimmung im Staat Israel nur dem jüdischen Volk zusteht." Die Palästinenser, die dort seit Jahrhunderten leben, haben kein solches Recht.

Zu lange haben zu viele Amerikaner und Presbyterianer den Konflikt zwischen israelischen Juden und Palästinensern unter dem Blickwinkel zweier Völker gesehen, die nicht miteinander auskommen können. Diese Sichtweise ist nicht korrekt und daher nicht hilfreich. Der Kern des Konflikts ist nicht die Feindschaft zwischen zwei Völkern, sondern eine ungerechte Machtstruktur, die eine Gruppe von Menschen gegenüber einer anderen privilegiert, eine Struktur, die sich rechtlich auf allen Ebenen der Gesellschaft niederschlägt. Wie unsere palästinensischen christlichen Geschwister, Erzbischof Desmond Tutu, viele israelisch-jüdische Führungspersonlichkeiten und die Mehrheit der israelisch-jüdischen Bevölkerung müssen wir diese ungerechte Struktur bei ihrem treffendsten Namen nennen - Apartheid.

Generalversammlung 2016 Bewertung der israelisch-palästinensischen Fakten vor Ort

Die 222. Generalversammlung (2016) verabschiedete einen Bericht mit dem Titel "Israel-Palästina: For Human Values in the Absence of a Just Peace" (Für menschliche Werte in Abwesenheit eines gerechten Friedens), der die Situation im Westjordanland, in Ostjerusalem und im Gazastreifen bewertet. Dieser Bericht wurde als Reaktion auf ein Mandat der 221. Generalversammlung (2014) erstellt, einen Bericht zur Bewertung der Realisierbarkeit der Zweistaatenlösung im israelisch-palästinensischen Konflikt zu verfassen. Im Folgenden sind einige der Schlussfolgerungen aus Abschnitt 1 dieses Berichts aufgeführt, in dem die Fakten vor Ort in Israel/Palästina zusammengefasst sind.

- In Ost-Jerusalem gelten für Juden und Nicht-Juden zwei unterschiedliche Gesetze

Ostjerusalem, das in den Osloer Verträgen als Hauptstadt eines künftigen palästinensischen Staates festgelegt wurde, ist durch die Errichtung einer befestigten Mauer und von Sicherheitskontrollpunkten durch Israel vom übrigen Westjordanland abgeschnitten, wodurch die meisten Palästinenser ausgesperrt sind. Die israelische Regierung hat ganz Jerusalem annektiert und die Grenzen der Stadt um Siedlungen erweitert, während sie den palästinensischen Einwohnern die Staatsbürgerschaft und die öffentlichen Dienstleistungen vorenthält, obwohl sie alle Steuern an Israel zahlen. Die völkerrechtswidrige Behauptung, Jerusalem sei ein Teil Israels und seine vereinigte Hauptstadt, hat die palästinensischen Bewohner Ostjerusalems staatenlos gemacht und ihnen die Erlaubnis, weiterhin in ihren Häusern zu leben, nur sehr eingeschränkt und häufig gar nicht erteilt. Die systematische Neuordnung des Bodens und große, strategische Siedlungen zur Unterstützung eines "ausgrenzenden jüdischen Jerusalem" drängen "die anderen nationalen und religiösen Gruppen in der Stadt an den Rand", was die interreligiösen Spannungen verstärkt und zum Verlust der christlichen Präsenz beiträgt.

- Für im Westjordanland lebende Juden und Nicht-Juden gelten zwei unterschiedliche Gesetze

Die israelischen Siedlungen im Westjordanland und in Ostjerusalem, die nach internationalem Recht illegal sind, haben sich zahlenmäßig, territorial und bevölkerungsmäßig immer weiter ausgedehnt und umfassen inzwischen mehr als 650 000 Siedler. Ihr Standort und die Verbindungsstraßen (die ausschließlich von Israel genutzt werden) blockieren palästinensische Städte und Gemeinden und blockieren die traditionellen Verkehrsverbindungen untereinander sowie mit Jerusalem und der Welt. Jüdische Siedler in den besetzten palästinensischen Gebieten werden wie israelische Staatsbürger im Rahmen eines zivilen Rechtssystems behandelt, während Palästinenser unter militärischer Besatzung stehen, ohne volle Staatsbürgerrechte und rechtlichen Schutz.

- Für Baugenehmigungen für Juden und Nicht-Juden im Westjordanland gelten zwei unterschiedliche Gesetze

Die 650.000 jüdischen Siedler im Westjordanland leben in Häusern, die von israelischen Regierungsbehörden genehmigt wurden. Für palästinensische Bürger, die in dem von Israel kontrollierten Westjordanland leben, stellt Israel fast keine Baugenehmigungen aus. Die israelische Regierung zerstört routinemäßig palästinensische Häuser, Brunnen, Geschäfte und Bauernhöfe in Ostjerusalem und in den meisten Teilen des Westjordanlands, wenn sie ohne israelische Genehmigungen, die nur selten erteilt werden, gebaut oder repariert werden. Palästinensisches Eigentum wird für israelische Parks, Kulturerbestätten, Sicherheitszonen und die Umfassungsmauer enteignet.

- Für jüdische und palästinensische Flüchtlinge gelten zwei unterschiedliche Gesetze

Das Recht der Flüchtlinge auf Rückkehr in ihre frühere Heimat oder auf eine vereinbarte Entschädigung ist nach internationalem Recht auf individueller Basis garantiert. Dieses Recht ist palästinensischen Flüchtlingen untersagt. Im Gegensatz dazu erhalten Juden aus aller Welt bei ihrer Einreise nach Israel sofort die israelische Staatsbürgerschaft.

- Für die Verhaftung von Juden und Nichtjuden, die im Westjordanland leben, gelten zwei unterschiedliche Rechtsgrundlagen

Das israelische Militär verhaftet jugendliche Palästinenser in der Nacht, erzwingt Geständnisse durch die Androhung unbegrenzter Haftstrafen und hält sie ohne Gerichtsverfahren oder Zugang zu einem Anwalt, einem Übersetzer oder sogar einem Elternteil fest. Palästinenser werden oft in Israel festgehalten, wo Familienangehörige sie nicht besuchen können, was gegen internationales Recht verstößt. Palästinenser, die angeblich eine Bedrohung darstellen, werden oft bei Sichtkontakt

erschossen. Trotz einer gewissen Sicherheitszusammenarbeit mit der Palästinensischen Behörde dringt das israelische Militär häufig in palästinensische Gebiete ein und überwacht den Gazastreifen und andere palästinensische Gebiete ständig mit Drohnen.

- Für den Zugang zu Wasser für Juden und Nicht-Juden im Westjordanland gelten zwei unterschiedliche Gesetze

Die israelischen Behörden schränken den Zugang der Palästinenser zu Wasser stark ein, während sie ihren eigenen Bürgern und den Siedlern rund um die Uhr vollen Zugang gewähren. Der Pro-Kopf-Verbrauch an Wasser lag 2014 in Israel bei 183 Litern pro Tag, gegenüber 73 Litern für Palästinenser im Westjordanland und einem von der Weltgesundheitsorganisation empfohlenen Minimum von 100 Litern. Palästinenser benötigen eine Genehmigung zum Bohren oder Vertiefen von Brunnen, die nur selten erteilt wird. Viele palästinensische Städte erhalten nur wenige Male in der Woche Wasser, während in den nahe gelegenen israelischen Siedlungen Schwimmbäder und bewässerte Rasenflächen und Gärten zur Verfügung stehen. Einige der Eindringlinge der Mauer in das Westjordanland haben die Kontrolle über die dortigen Grundwasserleiter übernommen. Die israelischen Brunnen entlang der Grenze zum Gazastreifen erschöpfen das dort verfügbare, sicher trinkbare Wasser erheblich.

- Für die wirtschaftliche Entwicklung der im Westjordanland lebenden Juden und Nicht-Juden gelten zwei unterschiedliche Gesetze

Die wirtschaftliche Entwicklung in den Siedlungen im Westjordanland wird durch israelische staatliche Anreize gefördert. Die wirtschaftliche Entwicklung der Palästinenser im Westjordanland und im Gazastreifen leidet unter israelischen Beschränkungen, die die Ausfuhr ihrer Produkte, die Einfuhr von Rohstoffen, den Bau wirtschaftlicher Infrastruktur, den Transport innerhalb des Westjordanlandes und mit anderen Volkswirtschaften, den Zugang zum Internet und zu anderen Kommunikationsmitteln sowie den Zugang zu Finanzdienstleistungen behindern. In Jerusalem und anderswo können Palästinenser Verträge und Eigentumsrechte gegenüber den Siedlern nicht durchsetzen. Eine Studie der Weltbank hat gezeigt, dass die Beseitigung dieser offensichtlichen Beschränkungen eine Steigerung des BIP im Westjordanland um mindestens ein Drittel ermöglichen würde.

#### Definition von Apartheid durch die Vereinten Nationen und den Weltgerichtshof

Der Bericht an die Generalversammlung von 2016, in dem die Fakten vor Ort in Israel-Palästina bewertet werden, beschreibt eine Situation, in der für verschiedene ethnische Gruppen, die in ein und demselben geografischen Gebiet leben, zwei unterschiedliche Rechtsordnungen gelten. Dies wird im internationalen Recht als Apartheidsystem definiert.

Die Einstufung der Apartheid als Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Rahmen des Völkerstrafrechts wurde vor allem im Internationalen Übereinkommen zur Bekämpfung und Bestrafung des Verbrechens der Apartheid von 1973 (UN-Apartheid-Konvention) und im Römischen Statut des Internationalen Strafgerichtshofs von 1998 (Römisches Statut) vorgenommen.

Nach der UN-Apartheid-Konvention gilt der Begriff "Verbrechen der Apartheid" für Handlungen, die mit dem Ziel begangen werden, die Vorherrschaft einer rassistischen Gruppe über eine andere rassistische Gruppe zu errichten und aufrechtzuerhalten und diese systematisch zu unterdrücken. Für die Zwecke des Apartheid-Übereinkommens umfasst der Begriff "Verbrechen der Apartheid" ähnliche Politiken und Praktiken der Rassentrennung und Diskriminierung, wie sie im südlichen Afrika praktiziert werden, und bezieht sich auf die folgenden unmenschlichen Handlungen, die zu dem Zweck begangen werden, die Vorherrschaft einer rassistischen Personengruppe über eine andere

rassische Personengruppe herzustellen und aufrechtzuerhalten und sie systematisch zu unterdrücken:

- Verweigerung des Rechts auf Leben und Freiheit eines oder mehrerer Mitglieder einer rassistischen Gruppe(n) durch Mord, schwere körperliche oder seelische Verletzungen, Verletzung ihrer Freiheit oder Würde oder durch Folter oder grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Bestrafung.
- Willkürliche Verhaftung und rechtswidrige Inhaftierung von Mitgliedern einer rassistischen Gruppe oder Gruppen.
- Auferlegung von Lebensbedingungen für eine oder mehrere rassistische Gruppen, die darauf abzielen, diese ganz oder teilweise zu zerstören.
- Verweigerung grundlegender Menschenrechte und Freiheiten, einschließlich des Rechts auf Arbeit, des Rechts, anerkannte Gewerkschaften zu gründen, des Rechts auf Bildung, des Rechts, das Land zu verlassen und dorthin zurückzukehren, des Rechts auf eine Staatsangehörigkeit, des Rechts auf Freizügigkeit und Aufenthaltsfreiheit, des Rechts auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung sowie des Rechts auf friedliche Versammlung und Vereinigung.
- Maßnahmen, einschließlich gesetzgeberischer Maßnahmen, die darauf abzielen, die Bevölkerung entlang rassistischer Linien zu spalten, indem getrennte Reservate und Ghettos für die Mitglieder einer oder mehrerer rassistischer Gruppen geschaffen werden, Mischehen zwischen Mitgliedern verschiedener rassistischer Gruppen verboten werden und Grundbesitz enteignet wird, der einer oder mehreren rassistischen Gruppen oder deren Mitgliedern gehört.
- Verfolgung von Organisationen und Personen, indem ihnen die Grundrechte und -freiheiten entzogen werden, weil sie sich gegen die Apartheid wenden.

Die Vereinten Nationen definieren "Rassendiskriminierung" als "jede Unterscheidung, Ausschließung, Beschränkung oder Bevorzugung aufgrund von Rasse, Hautfarbe, Abstammung oder nationaler oder ethnischer Herkunft, die zum Ziel oder zur Folge hat, dass die Anerkennung, der Genuss oder die gleichberechtigte Ausübung von Menschenrechten und Grundfreiheiten im politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen oder jedem anderen Bereich des öffentlichen Lebens zunichte gemacht oder beeinträchtigt wird." Die israelische Politik, die die israelische Vorherrschaft über die Palästinenser begründet und aufrechterhält, erfüllt diese Definition.

Regierungsvertreter können beschuldigt werden, das Verbrechen der Apartheid zu begehen, wenn sie Gesetze, Praktiken und Strategien einführen oder anwenden, die Apartheidbedingungen schaffen. Es ist Sache der Vereinten Nationen oder des Weltgerichtshofs, diejenigen strafrechtlich zu verfolgen, die sich der Apartheid schuldig gemacht haben. Einzelpersonen und Kirchen können jedoch Apartheid erkennen und ein entsprechendes Zeugnis ablegen. Dieses Verfahren ist unserem Strafrechtssystem sehr ähnlich. Wenn ein Bürger Zeuge eines Verbrechens wie eines Raubes oder eines Überfalls wird, kann er erkennen, dass ein Verbrechen begangen wurde, und dies bezeugen, auch wenn nur das Gerichtssystem das Verbrechen rechtlich verfolgen kann.

Wie Israels Gesetze, Politik und Praktiken eine Apartheid gegen das palästinensische Volk darstellen

Israel hat ein System geschaffen, in dem eine ethnische Gruppe, die jüdischen Staatsangehörigen Israels, einen höheren Status hat und eine andere ethnische Gruppe, die in Israel/Palästina lebenden nicht-jüdischen Araber, einen niedrigeren Status hat. Die israelischen Gesetze, Politiken und Praktiken hindern die Palästinenser systematisch daran, am politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben ihres Landes teilzunehmen. Die Enteignung palästinensischen Landes, die

Einschränkung der Bewegungs- und Aufenthaltsfreiheit, die Einsperrung von Palästinensern in Ghettos, die willkürliche Verhaftung und Inhaftierung von Palästinensern, die Einschränkung oder Verweigerung des Rechts der Palästinenser auf Arbeit, Bildung, friedliche Versammlung und religiöse Praktiken sind Teil der israelischen Maßnahmen, die darauf abzielen, die Palästinenser an der vollen Teilhabe am wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Leben ihres Landes zu hindern. Dieses diskriminierende System kommt den israelischen Juden zugute und fügt den Nicht-Juden sowohl in Israel selbst als auch in den besetzten palästinensischen Gebieten irreparablen Schaden zu.

Die von der Generalversammlung 2016 vorgenommene Bewertung von Israel-Palästina beschreibt die Tatsachen vor Ort, die ein System der Apartheid zeigen. Im Folgenden werden sieben Bereiche hervorgehoben, in denen die Gesetze, Strategien und Praktiken des Staates Israel gegen das von den Vereinten Nationen ratifizierte Internationale Übereinkommen zur Bekämpfung und Bestrafung des Verbrechens der Apartheid verstoßen.

#### Enteignung palästinensischen Eigentums für jüdische Siedlungen und Infrastruktur

- Im Juni 1967 wurde Ostjerusalem durch das israelische Militär besetzt. Siebenundzwanzig Quadratmeilen Ostjersalems wurden an Israel angegliedert. Mehr als 30 Prozent des Landes in Ostjerusalem wurden enteignet, um neue Siedlungen zu errichten, in denen etwa 200.000 Israelis in 47.000 Wohneinheiten leben.

- Zwischen 1967 und 2019 wurden riesige Flächen im Westjordanland enteignet, um mehr als 121 Siedlungen und 100 Außenposten für jüdische Bewohner zu errichten. Fast 650 000 Siedler leben heute im besetzten Westjordanland, davon 190 000 in Ostjerusalem.

- Die Trennungsmauern/Sperranlagen werden auf Land im Westjordanland errichtet und enteignen weitere 11,9 Prozent des palästinensischen Landes im Westjordanland.

- Das landwirtschaftlich genutzte Jordantal, das etwa 30 Prozent des Westjordanlandes ausmacht, ist für die meisten Palästinenser nicht mehr zugänglich.

- Innerhalb Israels - Beschlagnahmung von so genanntem "Absentee-Eigentum", das Palästinensern entzogen wurde, die im Krieg von 1948 aus ihren Häusern vertrieben worden waren. Durch die Verabschiedung des israelischen Gesetzes über abwesendes Eigentum im Jahr 1950 konfiszierte Israel das Land von Palästinensern, die aus ihren Häusern vertrieben worden oder geflohen waren, und übertrug es dem Staat, wodurch die Palästinenser ihrer Rechte auf ihr Eigentum beraubt wurden.

Kürzlich hat der israelische Premierminister Netanjahu angedeutet, dass er weitere Teile des Westjordanlandes annektieren wird, womit er den langen Weg der israelischen Konfiszierung von palästinensischem Land fortsetzt. Im Ergebnis enteignet der israelische Staat systematisch und kontinuierlich das Landeigentum der Palästinenser und verstößt damit gegen die internationalen Apartheidkonventionen.

#### Verweigerung des Rechts auf freie Wahl des Wohnsitzes für Palästinenser

- Die israelischen Gesetze, Strategien und Praktiken hindern Palästinenser systematisch daran, sich frei niederzulassen, indem sie Baugenehmigungen für den Bau palästinensischer Wohnungen verweigern und palästinensische Wohnungen abreißen. In den Gebieten des Westjordanlands und Ostjersalems, in denen palästinensischer Wohnraum zerstört oder verweigert wird, werden Häuser für jüdische Siedler genehmigt und gebaut, und nur Juden können in den Siedlungskolonien leben.

- Im Jahr 1967 war die Bevölkerung Ostjerusalems fast ausschließlich palästinensisch. Heute leben dort etwa 190.000 jüdische Siedler. Die Palästinenser stellen heute ein Drittel der Bevölkerung Ostjerusalems.

- Von 1967 bis 2019 wurden in den besetzten Gebieten mehr als 24.000 palästinensische Häuser abgerissen.

- Das israelische Rückkehrgesetz von 1950 und das Staatsbürgerschaftsgesetz von 1952 gewähren zwar Juden, die nach Israel einwandern, automatisch die Staatsbürgerschaft, verweigern aber denjenigen, die zwischen 1948 und 1952 außerhalb Israels gelebt haben, einschließlich Millionen von palästinensischen Flüchtlingen und Exilanten, die Rückkehr und die Staatsbürgerschaft. Auf diese Weise manipuliert Israel die demografische Entwicklung zugunsten der Juden und verweigert den einheimischen palästinensischen Flüchtlingen und ihren Nachkommen das Recht auf Rückkehr.

- Das Gesetz über die Staatsbürgerschaft und die Einreise nach Israel, das 2003 als befristete Verordnung erlassen und seitdem jährlich erneuert wurde, verbietet palästinensischen Ehepartnern aus den besetzten palästinensischen Gebieten, die mit Palästinensern mit israelischer Staatsbürgerschaft verheiratet sind, den Aufenthaltsstatus oder die Staatsbürgerschaft. Dieses Gesetz verhindert somit die Familienzusammenführung und untergräbt die Rechte der palästinensischen Bürger Israels und der Palästinenser aus den besetzten palästinensischen Gebieten, einschließlich des Rechts auf Familienleben und des Rechts auf Gleichheit in der Ehe und bei der Wahl des Ehepartners.

Im Ergebnis verweigert der israelische Staat den Palästinensern systematisch und kontinuierlich das Recht auf freien Aufenthalt und verstößt damit gegen die internationalen Apartheid-Konventionen.

#### Verweigerung des Rechts der Palästinenser auf Freizügigkeit

- Die israelischen Gesetze, Politiken und Praktiken verweigern den Palästinensern systematisch das Recht auf Bewegungsfreiheit. Israel setzt eine Reihe von Mitteln ein, um die Bewegungsfreiheit der Palästinenser im Westjordanland einzuschränken: permanente und temporäre Kontrollpunkte, physische Hindernisse, die Trennungsmauer, Straßen, die nur von Israelis befahren werden dürfen, und das System der Bewegungsgenehmigungen.

- Kontrollpunkte: Im Jahr 2019 schränken mehr als 600 Kontrollpunkte und Straßensperren im besetzten Westjordanland die Bewegungsfreiheit der Palästinenser auf dem Weg zu ihren Häusern, Geschäften, Schulen, Arbeitsplätzen, Krankenhäusern und Bauernhöfen ein. Palästinenser leiden routinemäßig unter unbestimmten Wartezeiten, demütigender Behandlung, Unsicherheit und Zugangsverweigerung an den Kontrollpunkten.

- Abgetrennte Straßen: Getrennte Straßen, die Israel euphemistisch als "Umgehungsstraßen" bezeichnet, verbinden die Siedlungskolonien untereinander und mit Israel. Die 493 Meilen Umgehungsstraßen bieten uneingeschränkten Zugang für israelische Fahrzeuge, schränken aber palästinensische Fahrten ein oder verbieten sie. Diese Straßen schneiden die Palästinenser von ihren landwirtschaftlichen Flächen, Schulen, Krankenhäusern, Märkten und Großfamilien ab und zerschneiden das Westjordanland in isolierte Enklaven.

- Trennungsmauer: Im Westjordanland reicht ein Großteil der Trennungsmauer weit über die international anerkannte Grenze hinaus und trennt palästinensische Häuser von ihrem Ackerland, ihren Geschäften, Schulen, Krankenhäusern und den Häusern ihrer Familien und Freunde. In Ostjerusalem wurde die Trennungsmauer mitten durch eine einst zusammenhängende Stadt gebaut, ähnlich wie die Berliner Mauer. Der Hauptzweck der Mauer ist nicht die Sicherheit, sondern die Trennung der Palästinenser von den israelischen Siedlungskolonien auf enteignetem

palästinensischem Land. Die Trennungsmauer schneidet an mehreren Stellen tief in das Westjordanland ein. In den Gebieten zwischen der Grünen Linie und der Mauer findet eine schleichende Beschlagnehmung von Land statt, wo strenge Bewegungsbeschränkungen dazu führen, dass palästinensische Landbesitzer ihr Land nicht mehr bewirtschaften können. In diesem Gebiet zwischen der Grünen Linie und der Mauer werden Tausende von Palästinensern auf beiden Seiten der Sperranlage durch Aufenthaltsbeschränkungen, fehlenden Zugang zu landwirtschaftlichen Flächen, die Unmöglichkeit, ihre Ernte zu vermarkten, und die Beschlagnehmung von Land in die Armut getrieben.

- Durch diese Maßnahmen hat Israel das Westjordanland in sechs geografische Gebiete aufgeteilt: Norden, Zentrum, Süden, das Jordantal und das nördliche Tote Meer. In den letzten Jahren ist die Freizügigkeit zwischen den Abschnitten und innerhalb jedes Abschnitts schwierig, langsam und manchmal unmöglich geworden. Israel verbietet den Palästinensern fast vollständig, sich zwischen dem Westjordanland und dem Gazastreifen zu bewegen, und hindert sie an der Einreise nach Israel und an Reisen ins Ausland.

- Diese Einschränkungen beeinträchtigen das tägliche Leben der Palästinenser im Handel, beim Zugang zu medizinischer Behandlung und Bildungseinrichtungen sowie bei der Ausübung sozialer Aktivitäten erheblich. Einfache Handlungen wie der Gang zur Arbeit in einer nahe gelegenen Stadt, die Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, die Inanspruchnahme medizinischer Behandlung und der Besuch von Verwandten sind mit bürokratischen Verfahren und großer Unsicherheit verbunden.

- Israels Einschränkung der Bewegungsfreiheit für nicht-jüdische Palästinenser ist eine Diskriminierung aufgrund der ethnischen Herkunft, da diese Einschränkungen nur für Palästinenser gelten. Jüdischen Bewohnern ist es erlaubt, die Siedlungen ohne Einschränkungen zu betreten und zu verlassen.

Im Ergebnis verweigert der Staat Israel den Palästinensern systematisch und kontinuierlich die Bewegungsfreiheit und verstößt damit gegen die internationalen Apartheid-Konventionen.

#### Aufteilung der Bevölkerung entlang rassistischer Linien

Die Abschnitte a, b und c sowie die Karten 1, 2 und 3 zeigen, wie die israelischen Gesetze, Politiken und Praktiken im Westjordanland in Verbindung mit der Infrastruktur der illegalen Siedlungen, Umgehungsstraßen, Kontrollpunkte und der Trennmauer/-sperre systematisch getrennte Reservate oder Ghettos für Palästinenser im Westjordanland schaffen. Die Palästinenser sind gezwungen, in isolierten Enklaven zu leben, was wiederum die palästinensische Wirtschaft aushöhlt und die Schaffung eines lebensfähigen, zusammenhängenden, souveränen und unabhängigen palästinensischen Staates verhindert.

Innerhalb der Grünen Linie hat Israel die Unterteilung des palästinensischen Volkes in sich manchmal überschneidende Kategorien wie Christen, Drusen, Araber, Muslime und Beduinen formalisiert, so als ob jede von ihnen etwas anderes wäre als das palästinensische Volk. Darüber hinaus werden andere Untergruppen der Palästinenser in verschiedene Kategorien eingeteilt, um ihnen einen besonderen Status und eine besondere Behandlung zukommen zu lassen, darunter "Abwesende", "anwesende Abwesende", Aramäer, Bewohner Jerusalems (die annektiert, aber staatenlos gemacht wurden) und Bewohner "nicht anerkannter Dörfer". All diese von Israel konstruierten Kategorien des palästinensischen Volkes bleiben in Israel in Bezug auf ihren Status und ihre Rechte den "jüdischen Staatsangehörigen" per Gesetz dauerhaft unterlegen und werden faktisch als Bürger zweiter Klasse behandelt.

Das Ergebnis ist, dass der Staat Israel die Bevölkerung systematisch und kontinuierlich entlang der Rassengrenzen spaltet und damit gegen die internationalen Apartheid-Konventionen verstößt.

#### Verweigerung des Rechts auf eine Staatsangehörigkeit für Palästinenser

- Am 29. November 1947 billigten die Vereinten Nationen einen Teilungsplan für Palästina, mit dem das britische Mandatsgebiet des Völkerbundes in Palästina aufgeteilt wurde. In diesem Teilungsplan wurden 44 Prozent des Landes für einen arabischen Staat und 56 Prozent für einen jüdischen Staat vorgesehen. Während Israel 1948 ein unabhängiger Staat wurde, kam der unabhängige arabische Staat nicht zustande, weil das für einen unabhängigen arabischen Staat vorgesehene Land von Israel, Jordanien und Ägypten militärisch besetzt wurde.

- Von 1948 bis heute hat der Staat Israel systematisch das gesamte Land besetzt und/oder annektiert, das von den Vereinten Nationen für einen unabhängigen palästinensischen Staat bestimmt worden war.

- Im Jahr 1967 annektierte Israel völkerrechtswidrig Ost-Jerusalem.

- Von 1967 bis heute kontrolliert Israel das Gebiet C des Osloer Friedensabkommens. Durch den Bau von Siedlungskolonien, Umgehungsstraßen, der Trennungsmauer/Sperranlage, Pufferzonen und die Schaffung von Landreserven hat Israel den Palästinensern die Kontrolle über weniger als 10 Prozent der Landfläche des britischen Mandatsgebiets Palästina überlassen.

- Israel hat es versäumt, die Resolution 242 der Vereinten Nationen vom 22. November 1967 umzusetzen, in der Israel aufgefordert wird, seine Streitkräfte aus dem Westjordanland und dem Gazastreifen abzuziehen.

- Wie bereits erwähnt, hat Israel kürzlich (2018) das jüdische Nationalstaatsgesetz verabschiedet, in dem es heißt, dass "die Ausübung des Rechts auf nationale Selbstbestimmung im Staat Israel dem jüdischen Volk vorbehalten ist." Dieses Gesetz kodifiziert somit den jüdischen Charakter des Staates und zementiert die institutionalisierte Rassendiskriminierung des palästinensischen Volkes weiter, indem es sie in ihrem eigenen Heimatland auf einen niedrigeren Status zurückwirft.

Die Politik der letzten israelischen Regierungen bestand darin, die Gründung eines palästinensischen Staates ausdrücklich zu verhindern. In den Worten des israelischen Premierministers Benjamin Netanjahu: "Ein palästinensischer Staat wird nicht entstehen, nicht so wie der, über den die Leute reden. Er wird nicht entstehen." Der Plan ist vielmehr, so Netanjahu, "das israelische Recht auf die Gemeinden in Judäa und Samaria [dem Westjordanland] anzuwenden, was wir in der nächsten Amtszeit tun werden. Ich möchte es schrittweise tun. Ich möchte es, wenn möglich, mit amerikanischer Unterstützung tun" <https://www.jpost.com/Arab-Israeli-Conflict/Netanyahu-A-Palestinian-state-wont-be-created-586017>.

Das Endergebnis ist, dass der Staat Israel den Palästinensern systematisch und kontinuierlich das Recht auf eine Staatsangehörigkeit verweigert und damit gegen die internationalen Apartheid-Konventionen verstößt.

#### Warum Christen zum israelischen System der Apartheid nicht schweigen können

Die PC(USA) unterstützt nachdrücklich das Recht Israels, als souveräne Nation innerhalb sicherer und international anerkannter Grenzen in Übereinstimmung mit den Resolutionen der Vereinten Nationen zu existieren. Wir hoffen, dass Israel seinem Potenzial gerecht wird, eine Demokratie mit gleichen Rechten für alle Menschen zu sein, die in Sicherheit und Wohlstand leben. Deshalb sehen

Freunde Israels mit Schmerz und Trauer die repressive Politik und das Vorgehen Israels im Westjordanland. Mit großer Traurigkeit und Enttäuschung beobachten wir, wie das Versprechen der Menschenrechte für alle Völker im Heiligen Land, auf das wir gehofft hatten, nicht eingelöst wurde und stattdessen durch israelische Gesetze, Praktiken und Politiken ersetzt wurde, die die Interessen und Menschenrechte der jüdischen Bürger Israels fördern, während sie den Palästinensern, sowohl den Christen als auch den Muslimen, die Menschenrechte und die Staatsangehörigkeit verweigern.

Die israelische Politik im Westjordanland und die Infrastruktur der illegalen israelischen Siedlungen, die Umgehungsstraßen, die Kontrollpunkte und die Trennungsmauer/Sperranlage, die ein Apartheidregime darstellen, sind für alle sichtbar und wurden von der PC(USA) auf den letzten beiden Generalversammlungen angeprangert. Dennoch fällt es vielen Amerikanern und Christen schwer, diese israelischen Maßnahmen als Apartheid zu erkennen. Ein Grund dafür mag die Angst sein, unsere Beziehungen zu einigen unserer jüdischen oder christlichen Brüder und Schwestern zu stören. Vielen Christen fällt es schwer, die Politik der israelischen Regierung öffentlich zu kritisieren, weil sie befürchten, dass selbst berechtigte Kritik als antiisraelisch oder antisemitisch angesehen oder als "Hickhack gegen Israel" bezeichnet werden könnte, da viele Länder im Nahen Osten Menschenrechte verletzen. Einige Christen glauben, dass sie ihre Kritik an Israels Politik aufgrund der Geschichte des Nazi-Holocausts und des Versagens vieler Christen, die damals ihre Stimme erhoben haben, zum Schweigen bringen müssen. Einige glauben, dass die Verwendung des Wortes "Apartheid" eine harte oder schockierende Wirkung hat, die einen konstruktiven Dialog behindern kann.

Unsere Berufung als Christen bedeutet, dass wir manchmal aus unserer Komfortzone heraustreten und Kontroversen und Kritik von Menschen oder Organisationen riskieren müssen, mit denen wir in Beziehung stehen. Aufgrund dieser Berufung müssen wir anerkennen, was wir in Israel/Palästina erleben, nämlich dass Israels Gesetze, Praktiken und Politik eine Apartheid gegen das palästinensische Volk darstellen. Der von der Generalversammlung 2016 angenommene Bericht beschreibt klar die Fakten vor Ort in Israel/Palästina, die ein System der Apartheid darstellen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg, als das Grauen des Holocausts an den Nazis aufgedeckt wurde, sagten Juden auf der ganzen Welt "nie wieder". Viele Christen auf der ganzen Welt schämten sich für ihr Schweigen in den 1930er Jahren, als Juden in Deutschland spezielle Ausweise zur Kennzeichnung ihrer Religion erhielten, ihre Geschäfte geschlossen wurden, ihr Land enteignet wurde und sie gezwungen wurden, in Ghettos zu leben. Auch Christen gelobten, nie wieder zu schweigen, wenn eine Regierung Gesetze erließ, die die Vorherrschaft einer ethnischen Gruppe über eine andere ethnische Gruppe durch systematische Trennung, Unterdrückung und Verweigerung grundlegender Menschenrechte begründeten und aufrechterhielten. Angesichts des Bösen zu schweigen war damals falsch, und es ist auch heute falsch.

Jedes Jahr gehen die Qualen und Ungerechtigkeiten, die das palästinensische Volk im Westjordanland, im Gazastreifen und in Israel erleidet, weiter. Land wird enteignet, Häuser werden abgerissen, und die Bewegungsfreiheit wird eingeschränkt. Die Kombination aus israelischen Siedlungskolonien auf palästinensischem Land, den Umgehungsstraßen, die diese Siedlungen verbinden, und der Trennungsmauer schafft ein Netz von Barrieren, das die Palästinenser dazu zwingt, in getrennten Reservaten und Ghettos zu leben. Die Rechte auf Arbeit, Bildung, Schutz vor willkürlicher Verhaftung, friedliche Versammlung und freie Meinungsäußerung, die nach internationalem Recht gewährt werden, werden eingeschränkt oder verweigert.

Referenzkarten

Um sich ein Bild davon zu machen, wie die Enteignung palästinensischen Landes und der Bau israelischer Siedlungen im Westjordanland, israelischer Umgehungsstraßen und der Trennungsmauer/des Sperrzauns dazu führen, dass Palästinenser in isolierte und immer kleiner werdende Enklaven eingeeignet werden, müssen die vier Referenzkarten herangezogen werden, die dieser Ouvertüre beigelegt sind. Es ist hilfreich, sich beim Lesen der nachstehenden Erklärungen der PC(USA) auf diese Karten zu beziehen.

- Karte 1: Umgehungsstraßen, die Siedlungskolonien im Westjordanland mit Israel verbinden, um den Siedlern uneingeschränkte Bewegungsfreiheit zu gewähren, den Palästinensern aber nur begrenzten oder gar keinen Zugang zu gewähren.

- Karte 2: Die Trennungsmauer liegt nicht an der international anerkannten Grenze zwischen Israel und Palästina. Große Teile des palästinensischen Territoriums liegen auf der israelischen Seite" der Mauer.

- Karte 3: Eingekesselte Enklaven (Reservate oder Ghettos) halten die Palästinenser in vierundsechzig isolierten und völlig umschlossenen kantonsartigen Reservaten im Westjordanland gefangen.

- Karte 4: Palästinensische Landverluste 1946-2010.

Karte 1: Umgehungsstraßen, die Siedlungskolonien im Westjordanland mit Israel verbinden, erlauben den Siedlern uneingeschränkte Bewegungsfreiheit, den Palästinensern jedoch nur begrenzten oder gar keinen Zugang. Die Dreiecke sind große israelische Siedlungskolonien.

Karte 2: Die Trennungsmauer (blaue Linie). Kein Teil des palästinensischen Westjordanlands gehört nach internationalem Recht zu Israel. Die Trennungsmauer verläuft jedoch nicht an der Grenze des Westjordanlands, sondern schlängelt sich tief in palästinensisches Gebiet hinein, so dass große Teile auf der "israelischen Seite" der Mauer liegen.

Karte 3: Eingekesselte Enklaven (Reservate oder Ghettos) halten die Palästinenser in 64 isolierten und völlig umschlossenen kantonsartigen Reservaten im Westjordanland gefangen. Die Dreiecke sind die großen israelischen Siedlungskolonien.

Karte 4: Palästinensische Landverluste 1946-2010. Der grüne Bereich zeigt Land unter palästinensischer Kontrolle.

Andere Kommentare

Ratschläge und Empfehlungen des Beratenden Ausschusses für die Politik des sozialen Zeugnisses (ACSWP)

Der Beratende Ausschuss für die Politik des sozialen Zeugnisses (ACSWP) empfiehlt der 224. Generalversammlung (2020), diesen Punkt zu genehmigen.

Der ACSWP ist sich bewusst, dass die Annahme dieser Ouvertüre eine Änderung der gegenwärtigen Politik der Presbyterianischen Kirche (U.S.A.) bedeuten würde. In ihrem jüngsten Grundsatzpapier zur Situation in Israel/Palästina, "Israel/Palästina: For Human Values in the Absence of a Just Peace" (Für menschliche Werte in Abwesenheit eines gerechten Friedens) hat die Presbyterianische Kirche (USA) Verbindungen zwischen der Apartheid, wie sie historisch in Südafrika praktiziert wurde, und der aktuellen Situation in Israel/Palästina anerkannt, ohne jedoch zu behaupten, dass die Politik des Staates Israel gegenüber der palästinensischen Bevölkerung genau dieselbe ist. Einige Südafrikaner, wie der Nobelpreisträger Desmond Tutu, argumentieren, dass es sich um eine strengere Trennung handelt.

Die derzeit am weitesten akzeptierte Definition von Apartheid im Sinne des Völkerrechts stammt aus dem Römischen Statut des Internationalen Strafgerichtshofs, in dem es in Artikel 7 Absatz 1 Buchstabe j in Verbindung mit Artikel 7 Absatz 2 Buchstabe h heißt:

Artikel 7(1)(j) in Verbindung mit Artikel 7(2)(h) des Römischen Statuts definiert das Verbrechen der Apartheid gegen die Menschlichkeit wie folgt

1. j) Das Verbrechen der Apartheid; ...

2. h) "Das Verbrechen der Apartheid" bezeichnet unmenschliche Handlungen, die den in Absatz 1 genannten ähnlich sind, im Rahmen eines institutionalisierten Regimes der systematischen Unterdrückung und Beherrschung durch eine rassistische Gruppe gegenüber einer anderen rassistischen Gruppe oder anderen rassistischen Gruppen begangen werden und in der Absicht begangen werden, dieses Regime aufrechtzuerhalten.

Es ist umstritten, ob das Römische Statut auf die Situation in Israel/Palästina anwendbar ist, da sein Schwerpunkt auf der Rasse liegt. In seinem Bericht an den UN-Menschenrechtsrat aus dem Jahr 2014 räumte der Sonderberichterstatter für Israel/Palästina, Richard Falk, ein, dass das Verständnis von Rasse erweitert werden müsse, um ethnische Zugehörigkeit und Glaubensbekenntnis einzubeziehen; dennoch kam er in seinem Bericht zu dem Schluss, dass der Staat Israel "Praktiken und politische Maßnahmen ergreift, die den Anschein von Apartheid und Segregation haben."

Wie die Begründung für diese Ouvertüre bewundernswert dokumentiert, ist seit "Israel/Palästina: For Human Values in the Absence of a Just Peace" (Für menschliche Werte in der Abwesenheit eines gerechten Friedens) von der Presbyterianischen Kirche (USA) im Jahr 2016 angenommen wurde, hat sich die Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung in Israel/Palästina deutlich verschlimmert. Das Studienpapier Jerusalem 3,2,1, das der Beratende Ausschuss für die Politik des Sozialen Zeugnisses für diese Generalversammlung erstellt hat, dokumentiert viele dieser Veränderungen. Wie ein presbyterianischer Pastor berichtete, wurden viele kürzlich gepflanzte Olivenbäume vom israelischen Militär herausgerissen, ein Volk, das schon lange vor Covid19 eingesperrt war.

Und es scheint wenig Hoffnung auf Besserung zu geben. Angesichts der jüngsten politischen Konsolidierung der israelischen Regierung im Hinblick auf die Annexion des Westjordanlandes und der stillschweigenden Unterstützung eines solchen Vorhabens durch die derzeitige Regierung der Vereinigten Staaten scheint es im Moment wenig Grund zu geben, die rechtlichen und faktischen Gegebenheiten nicht als das zu benennen, was sie sind.

Das Advocacy Committee for Racial Equity Advocacy Committee empfiehlt der 224. Generalversammlung (2020), INT-02 mit einem Änderungsantrag zu verabschieden.

Der Ausschuss für die Förderung der Gleichbehandlung ohne Unterschied der Rasse (Racial Equity Advocacy Committee, REAC) unterstützt diese Resolution mit der Empfehlung, "antijüdisch" statt "antisemitisch" zu verwenden, da letzteres neben unseren jüdischen Geschwistern auch andere Bevölkerungsgruppen umfasst.

Zustimmung

Presbyterium de Cristo

Großraum-Atlanta-Presbyterium

Mission Presbyterium

New Brunswick Presbyterium

Presbyterium von New Castle

Nordwestküsten-Presbyterium

Pfarramt San Francisco

Presbyterium der Redwoods

Zusätzliche Begründung

Unter der Überschrift Warum Presbyterianer handeln müssen:

...Menschen." Die Palästinenser, die dort seit Jahrhunderten leben, haben kein solches Recht.

Im Januar 2021 veröffentlichte B'Tselem, die wohl angesehenste Menschenrechtsorganisation in Israel, einen Artikel mit dem Titel "Ein Regime jüdischer Vorherrschaft vom Jordan bis zum Mittelmeer. This is apartheid."

[https://www.btselem.org/press\\_releases/20210112\\_this\\_is\\_apartheid](https://www.btselem.org/press_releases/20210112_this_is_apartheid)

Am 27. April 2021 veröffentlichte Human Rights Watch, eine internationale Organisation, die Menschenrechtsverletzungen in Ländern weltweit überwacht, einen Artikel mit dem Titel "A threshold crossed". Israelische Behörden und die Verbrechen der Apartheid und Verfolgung".

<https://www.hrw.org/report/2021/04/27/threshold-crossed/israeli-authorities-and-crimes-apartheid-and-persecution>

Schon zu lange, zu viele...

Zusätzliche Ressourcen

Karte 1: Umgehungsstraßen

INT02-1.png

Karte 2: Die Trennungsmauer

INT02-2.png

Karte 3: Eingekesselte Enklaven

INT02-3.png

Karte 4: Palästinensische Landverluste 1946-2010

INT02-4.jpg

Referenz-Karten

Referenz\_Karten.pdf